

Wagner, Gert G.

Article

Wissenschaftliche Politikberatung gewinnt nur aus der Beschränkung heraus Überzeugungskraft: Kommentar

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Wagner, Gert G. (2008) : Wissenschaftliche Politikberatung gewinnt nur aus der Beschränkung heraus Überzeugungskraft: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 75, Iss. 14, pp. 176-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151585>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

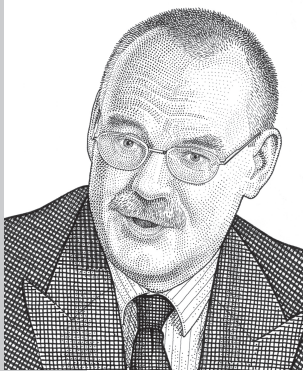
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Wissenschaftliche Politikberatung gewinnt nur aus der Beschränkung heraus Überzeugungskraft

von Gert G. Wagner*

Wissenschaftliche Politikberatung gehört zu den Aufgaben so unterschiedlicher Gremien wie dem Sachverständigenrat und den Beiräten bei etlichen Bundesministerien. Auch von den Wirtschaftsforschungsinstituten wird sie erwartet – zu Recht. Trotz jahrzehntelanger öffentlicher Finanzierung und entsprechender Aufgabenzuweisung gibt es dennoch eine ziemlich ausgeprägte Unzufriedenheit mit dieser Art der Politikberatung: Die Wissenschaftler fühlen sich nicht richtig verstanden und ernstgenommen, die Politik wiederum fühlt sich schlecht oder nicht „auf den Punkt hin“ beraten.

Wie lässt sich diese Situation überwinden? Der Schlüssel liegt in stärkerer (Selbst-)Beschränkung. Die Wissenschaft muss aufhören zu missionieren, die Politik muss besser unterscheiden lernen, zu welchen Fragen sie dezidiert wissenschaftlichen Rat holt und zu welchen Fragen lebensklugen Rat von Nichtwissenschaftlern, zum Beispiel von Consultants.

Grundsätzlich gilt: Die Rolle der Wissenschaft für politische Entscheidungen ist begrenzt. Diese Begrenzung wird auf beiden Seiten gerne ignoriert: von Politikern, die nach einer vermeintlich unangreifbaren Legitimation für ihre Entscheidungen suchen. Und von Wissenschaftlern, die gerne die Welt verändern würden (oder auch nur Mittel für ihre Forschung rechtfertigen wollen). Aber: Politische Entscheidungen sind letzten Endes Wertentscheidungen, die nur die Politik selbst demokratisch legitimiert treffen kann.

Um Verschwendung von Mitteln und unbeabsichtigte Nebenwirkungen von Politik zu minimieren, ist wissenschaftliche Politikberatung sinnvoll, jedoch ohne dass die Wissenschaft als System eine Leitfunktion bei Reformen beanspruchen könnte – und sollte. Dies betrifft insbesondere die Volkswirtschaftslehre: Sie ist aufgrund des Sparsamkeitsgebots, in einer Welt mit knappen Ressourcen zwar immer gefragt. Sparsamkeit kann aber immer nur an der Erreichung konkreter Ziele gemessen werden. Und die Festlegung politischer Ziele ist nicht Aufgabe der Wissenschaft, sondern ureigenstes Feld der Politik.

Politikberatung stärker differenzieren: ein Vorschlag

Um die Zufriedenheit der Abnehmer mit wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland und den Einfluss durchgerechneter Politikkonzepte zu stärken, könnte das System der Politikberatung in Deutschland stärker ausdifferenziert werden. Staatlich finanzierte Forschungsinstitute, die der wertneutralen Politikberatung dienen, sind unverzichtbar. Diese unabhängigen Institute haben eine Wächterfunktion – diese reicht aber offenkundig nicht aus, um Politik direkt zu beeinflussen. Deswegen sollten die Parteien und andere gesellschaftliche Gruppen eigene Forschungsinstitute und Denkfabriken einrichten. Diese würden sich von den bestehenden Akademien und Stiftungen deutlich abheben, indem sie voll und ganz wissenschaftsbasiert arbeiten, aber *gezielt* beraten. Und zwar auch bezüglich von Zielen, die die Politik erreichen sollte. Letzteres ist aber keine wissenschaftliche Beratung und das sollte deutlich werden.

* Gert G. Wagner leitet die Längsschnittsstudie SOEP im DIW und ist von April 2008 bis März 2009 Fellow am Max Weber Kolleg an der Universität Erfurt.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran
(Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Carel Mohn
Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen
vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

Walter Grützmaker GmbH & Co. KG,
Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung
– auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die
Stabsabteilung Kommunikation des
DIW Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.